Nach eingehender Diskussion wird der Antrag der BfM-Fraktion vom 04. März 2013 im Bereich der Wertgrenzen wie folgt abgeändert:

Die Wertgrenzen sollen gleichlautend wie nach § 4 GemHVO festgesetzt werden, so dass diese gemäß Antrag nach § 14 Abs. 1 GemHVO von 50.000 € auf 20.000 € und nach § 14 Abs. 2 GemHVO von 100.000 € auf 50.000 € zu reduzieren sind.

Hierzu erläutert die Verwaltung, dass sich der § 14 GemHVO auf die Investitionen beziehe und lediglich den § 4 GemHVO ergänze. Diese Sichtweise sei in einer entsprechenden Rücksprache mit der Kommunalaufsicht bestätigt worden. Die Wertgrenzen nach § 4 GemHVO würden in der Haushaltssatzung jedes Jahr erneut ausgewiesen, da es hierfür keine eigene Satzung gäbe.

Dem Antrag wird nach Abstimmung mehrheitlich zugestimmt.